

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 14.12.2018
Sitzungsbeginn: 16:33 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU

bis 19:22 Uhr (TOP 4)

ab 18:25 Uhr (TOP 4)

Frau Runhild Piper - CDU
 Herr Mathias Range - CDU
 Herr Hans-Martin Reissner - CDU
 Frau Karin Schaffner - CDU
 Herr Jens Seipp - CDU
 Herr Jan von Ploetz - CDU
 Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
 Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
 Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
 Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
 Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
 Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
 Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
 Frau Renate Bastian - Marburger Linke
 Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
 Herr Roland Böhm - Marburger Linke
 Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
 Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
 Frau Inge Sturm - Marburger Linke
 Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
 Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
 Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
 Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
 Herr Roland Frese - BfM
 Frau Gabriele Mensing - BfM
 Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM
 Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

ab 19:00 Uhr (TOP 4)

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU	- entschuldigt -
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD	
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek – SPD	
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel stellt im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung den Geschäftsordnungsantrag, den Vertreter/innen der anwesenden Bürgerinitiative „Allnatalweg – BITTE NICHT!“, die gegen den Allnatalweg demonstrieren, die Möglichkeit einzuräumen, vor der Stadtverordnetenversammlung zu sprechen. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen zur Klärung dieser Frage den Ältestenrat einzuberufen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk unterbricht daraufhin die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 16:39 Uhr und beruft den Ältestenrat ein. Um 17:08 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Zuvor haben die Vertreterinnen der Bürgerinitiative (BI), Frau Birgit Stein und Frau Gerlinde Mitschke, im Rahmen der Sitzungsunterbrechung die Gelegenheit erhalten, in einem 3-minütigen Redebeitrag die Argumente der BI gegen den Bau des Allnatalweges vorzubringen.

Für die heutige Sitzung liegt ein Dringlichkeitsantrag der BfM-Fraktion betr. Verkehrsführung im Marburger Westen (VO/6588/2018) vor dessen Dringlichkeit durch die Stadtverordnete Suntheim-Pichler begründet wird. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Köster-Sollwedel. Im Anschluss erläutert der Oberbürgermeister den Sachstand und die Überlegungen des Magistrats in der Angelegenheit. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters sieht die Stadtverordnete Suntheim-Pichler den Antrag als erledigt und zieht diesen zurück. Der Stadtverordnete Göttling beantragt daraufhin per Geschäftsordnungsantrag als Tagesordnungspunkt 4 den Dringlichkeitsantrag „Diskussion über eine Westumgehung“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Formal gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Simon.

Die anschließende Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag führt zu folgendem Ergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Nein: SPD, CDU, BfM
Enthaltung: Piratenpartei

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt sodann die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2018

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht, die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 5 und 9 bis 11 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

**Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Myriam Hövel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

2013 wurde in der Potenzialstudie „Schloss-Areal – Museumslandschaft – Stadtgeschichte“ ein umfangreicher Maßnahmenkatalog empfohlen. Wie ist der derzeitige Umsetzungsstand?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die "Potenzialstudie Schlossareal - Museumslandschaft - Stadtgeschichte" von 2013, beauftragt von Stadt und Philipps-Universität Marburg unter Federführung des Fachdienstes Kultur, ist vom Stadtparlament und dem Senat der Philipps-Universität zur Orientierung für die Attraktivitätssteigerung und Entwicklung im Schloss- und Museumsbereich erklärt worden. Diese Potenzialstudie der Bonner Museumsberatungsfirma ConCultura empfahl die Weiterentwicklung des Museums für Kulturgeschichte zum historischen Museum für Stadt-, Universitäts- und Landesgeschichte im Marburger Landgrafenschloss, bekanntlich die Wiege der Landgrafschaft Hessen.

Als Konsequenz wurden zunächst folgende praktische Schritte umgesetzt:

- In Kooperation von Stadt und Universität wurden mehrere für die Stadtgeschichte programmatische Ausstellungen präsentiert, die thematisch auch Elemente für eine Gesamtpräsentation Marburger Historie lieferten: „Stadt – Land – Schloss“ 2015, „blick:punkte“ zu 100 Jahre Blindenstudienanstalt 2016, „Bildungsereignis Reformation“ 2017; die Vernissage der Blista-Ausstellung war zugleich die hessenweite Eröffnung des Internationalen Museumstages durch Minister Boris Rhein.
- Im Außenbereich des Landgrafenschlosses wurden Attraktivitätssteigerungen vorgenommen wie Info-Schaukasten, Schloss-Tastmodell, Werbebanner-Installationsmöglichkeit, WLAN sowie zwei internetbasierte Audioguides zum Landgrafenschloss als Baudenkmal und den Top 10 an Exponaten im Schloss(-museum).

Diese auf Initiative des Fachdienstes Kultur unternommenen Schritte wurden in Kooperation mit dem Universitätsmuseum realisiert. In Zukunft ist allerdings ein deutliches Signal von Seiten der Universitätsleitung nötig.

Allerdings muss bedacht werden, dass zwei Aufgaben bislang auf der Prioritätenliste der Philipps-Universität standen und der Universität einen hohen Kraftakt abverlangten und verlangen:

- der hohe bauliche Sanierungsbedarf im Schloss sowie
- die Innensanierung und Neueröffnung des Kunstmuseums in Regie der Philipps-Universität und unterstützt durch die Stadt Marburg.

Für die Ziele der Potenzialstudie könnten nun das Jubiläum 800 Jahre Stadt Marburg im Jahr 2022 sowie das 500jährige Universitätsjubiläum als Orientierungs- und Zielpunkt für eine Präsentation der Marburger Geschichte genutzt werden. Mit der Philipps-Universität wäre dabei die Rolle des Landgrafenschlosses und des jetzigen Museums für Kulturgeschichte als Teil der Stadtgeschichte und als Präsentationsort zu klären.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister und Kulturdezernent

**Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

An welchen Verkehrsampeln hat es seit dem Amtsantritt des rot-schwarzen Magistrats Änderungen in Bezug auf die Ampelschaltungen sowohl für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen einerseits und den motorisierten Individualverkehr andererseits gegeben? Wenn ja, welcher Art waren diese Änderungen und wann wurden diese vorgenommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Seit dem 01. Oktober 2017 wurden durch die zuständigen städtischen Fachdienste Straßenverkehrsbehörde und Tiefbau folgende Änderungen an LSA und LSA-Steuerungen in der Baulast der Universitätsstadt Marburg vorgenommen:

Lichtsignalanlage Cölber Straße/Am Kaufmarkt (R43), 10/2017:

Austausch des veralteten Steuergerätes, Aktualisierung der Signalsteuerung und Anbindung an den städtischen Verkehrsrechner.

Um eine effiziente und verkehrsabhängige Signalsteuerung dieses stark belasteten Knotenpunktes zu erzielen, wurden zusätzlich vier Sivicams (Detektionskameras) montiert und die zwei Rechtsabbieger der Cölber Straße zu 2-feldigen rot/gelb-Signalen („Schlafampeln“) umgebaut. Rechtsabbieger werden nur noch dann angehalten, wenn Fußgänger die Fahrbahn überqueren wollen. Insgesamt haben sich die Wartezeiten für den Fahrverkehr und den Fußverkehr spürbar reduziert.

Lichtsignalanlage Elisabethstraße/Ketzerbach (R04), 10/2017 und 06/2018:

Austausch des veralteten Steuergerätes und Aktualisierung der Signalsteuerung. Gleichzeitig wurde die benachbarte Fußgängerschutzanlage Pilgrimstein/ Steinweg integriert, so dass für beide Anlagen nur noch ein Steuergerät benötigt wird.

Umbau der Signalgeber und Änderung der Signalsteuerung, so dass die Rechtsabbieger in Richtung Ketzerbach nur noch dann angehalten werden, wenn Fußgänger die Fahrbahn querren wollen. Die Grünphase für die Fußgänger über die Rechtsabbiegespur ist zwar kürzer als früher, jedoch sind die Wartezeiten nur noch sehr kurz und es können in jedem Umlauf bis zu zwei Grünphasen für die kurze Fußgängerfurt geschaltet werden.

Lichtsignalanlagen am Erlenring, Aktivierung von SiBike zwischen Mensa und Georg-Voigt-Straße 06/2018:

SiBike, die satelliten- und appgesteuerte Fahrradbeschleunigung, wurde bereits ab 2016 in einer Kooperation zwischen Siemens und der Stadt Marburg entwickelt. Die dauerhafte Inbetriebnahme am Erlenring erfolgte nach Abschluss aller Tests im Juni dieses Jahres.

Lichtsignalanlage Erlenring/Wilhelm-Röpke-Straße (R10), 09/2018:

Montage von akustischen Signalgebern für sehbehinderte Menschen, sowie Überprüfung und Verlängerung der Fußgängerschutzzeiten um bis zu 100 %.

Lichtsignalanlage Gisselberger Straße/Schützenpfehlbrücke (R32), 10/2018 bzw. bereits beauftragt:

Austausch des veralteten Steuergerätes und Montage von akustischen Freigabesignalen für sehbehinderte Menschen. Die Signalsteuerung wird derzeit noch überarbeitet und Anfang 2019 fertiggestellt. Hierbei soll die Koordinierung mit der benachbarten Lichtsignalanlage Gisselberger Straße/Konrad-Adenauer-Brücke verbessert und ein 3-feldiger Signalgeber zu einer 2-feldi-

gen „Schlafampel“ umgebaut werden, so dass die Rechtsabbieger von der Gisselberger Straße in Richtung Schützenpfehlbrücke nur noch dann angehalten werden, wenn Fußgänger und Radfahrer die Fahrbahn queren wollen.

Insgesamt werden die Fußgängergrünsignale über die Gisselberger Straße und die Schützenpfehlbrücke nach Möglichkeit so harmonisiert, dass sie gleichzeitig beginnen zu leuchten, um Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu reduzieren. Weiterhin ist eine Signalisierung für den Radverkehr (mit SiBike) vorgesehen.

Lichtsignalanlage Gisselberger Straße/Konrad-Adenauer-Brücke (R16), bereits beauftragt:

Der Austausch des veralteten Steuergerätes soll Anfang 2019 erfolgen. In diesem Zuge soll die Koordinierung mit den benachbarten Lichtsignalanlagen an der Schützenpfehlbrücke und der Frankfurter Straße verbessert, sowie ein 3-feldiger Signalgeber zu einer 2-feldigen „Schlafampel“ umgebaut werden, so dass die Rechtsabbieger in Richtung Konrad-Adenauer-Brücke nur noch dann angehalten werden, wenn Fußgänger die Fahrbahn überqueren wollen. Weiterhin wird auch hier eine Radverkehrssignalisierung und SiBike mitgeprüft.

Lichtsignalanlage Neue Kasseler Straße/Schlosserstraße (R33), bereits beauftragt:

Aufgrund des Neubaus eines Parkdecks Höhe des Knotenpunktes Neue Kasseler Straße/Schlosserstraße musste die Bordsteinführung in diesem Bereich verändert und Masten der Lichtsignalanlage Neue Kasseler Straße/Schlosserstraße versetzt werden.

Um die Signalsteuerung aktualisieren zu können, muss das veraltete Steuergerät ausgetauscht werden. In diesem Zuge wird zudem ein zusätzlicher 2-feldiger Signalgeber für aus Richtung Wehrda kommende Rechtsabbieger montiert, um den Verkehr in Richtung B3 durch eine zusätzliche Grünphase zu fördern und so die Attraktivität steigt, die B3 zu nutzen und die Nordstadt zu meiden.

Weiterhin wird die LSA um barrierefreie Elemente, wie eine Blindenakustik und taktile Bodenelemente, sowie Fahrradampeln und SiBike ergänzt. Die Ausführung ist bereits für die 51. KW 2018 vorgesehen.

Lichtsignalanlage Universitätsstraße/Gutenbergstraße (R12), bereits beauftragt:

Nach Fertigstellung des Geschäftshauses am Knotenpunkt Universitätsstraße/Gutenbergstraße muss die Signalsteuerung aufgrund der geänderten Knotenpunktgeometrie angepasst werden. In diesem Zuge wird gem. dem beschlossenen Radverkehrsentwicklungsplan auch geprüft, ob Radfahrer in der Gegenrichtung der Gutenbergstraße signalisiert auf die Universitätsstraße geführt werden können.

Zusätzlich sollen Signalgeber mit der Inschrift „Signal kommt“ und Anforderungstaster mit verdecktem Druckknopf, zur separaten Anforderung der akustischen Blindenfreigabe für sehbehinderte Menschen, montiert werden, so dass die akustischen Signalgeber nur noch dann ertönen, wenn dieser untenliegende Druckknopf vorab gedrückt wurde.

Die Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt in enger Abstimmung zwischen den Fachdiensten Straßenverkehrsbehörde und Tiefbau.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

In hessischen Frauenhäusern fehlen mindestens 300 Plätze für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Darauf hat der Paritätische Wohlfahrtsverband am Freitag hingewiesen. So berichtet die FR vom 26.11.18.

Werden oder wurden in Marburg Hilfe suchende Frauen abgewiesen? Wird der vorhandene Platz angesichts des erschreckenden Ausmaßes häuslicher Gewalt (aktueller Bericht der Bundesregierung) als ausreichend angesehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 7 - Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach Auskunft des Marburger Frauenhauses bzw. des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. wurden im laufenden Jahr bis November 2018 96 Personen, die einen Platz nachgefragt hatten, wegen Vollbelegung abgewiesen.

Hauptursache für Abweisungen war, dass auch für die Frauen, die keinen akuten Schutzbedarf mehr haben, keine geeigneten, alternativen Wohnungen gefunden werden konnten. Zudem gibt es immer mehr Frauen, die aufgrund ihrer Lebenssituation eine längere und intensivere Begleitung brauchen. Besonders Frauen mit Fluchtgeschichte gehören zu dieser Gruppe.

Eine weitere Gruppe von Frauen muss zwar weiterhin begleitet werden, aber nicht mehr zwingend im Frauenhaus leben. Aus diesem Grund plant das Frauenhaus derzeit an einer Konzeptionsentwicklung für ausgelagerte Schutzwohnungen zu arbeiten, die das bisherige Angebot ergänzen soll. Diese Erweiterung würde dazu beitragen, dass wieder mehr Akutplätze zur Verfügung stehen. Zudem könnten diese Schutzwohnungen auch von denjenigen Frauen bezogen werden, deren Söhne zu alt sind, um im Frauenhaus leben zu können.

Auch wenn Frauen abgewiesen werden müssen, erhalten sie in jedem Fall ein Beratungsangebot durch Frauen helfen Frauen e.V. In dieser Beratung wird insbesondere über die rechtliche Situation (Gewaltschutzgesetz und Schutzanordnung Nährungsverbot) aufgeklärt und gemeinsam mit den Betroffenen nach kurzfristigen, alternativen Lösungen (z.B. Unterbringung bei Bekannten/Familie) gesucht.

Zudem bestehen sogenannte offene Belegungslisten in Hessen, bei denen nach freien Plätzen für die Frauen in Frauenhäusern gesucht werden kann und an die auch das Marburger Frauenhaus freie Plätze meldet. Erfahrungsgemäß sind alle freien Plätze innerhalb von 24 Stunden wieder belegt.

Im Projekt „Marburg gegen Partnergewalt“, für das Frauen helfen Frauen e.V., die Jugendkonfliktthilfe Marburg und das Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg gemeinsam einen Antrag auf EU-Fördermittel gestellt haben, wird es auch um Lösungsansätze für die oben genannten Probleme gehen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Welche Kosten fielen für die Kampagne „Marburg Miteinander“ an und wer erhielt den Auftrag zur Umsetzung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 13 - Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verkehrskampagne der Universitätsstadt Marburg wirbt für mehr Rücksicht und damit mehr Sicherheit im täglichen Straßenverkehr. Sie ist als längerfristige öffentlichkeitswirksame Kampagne für mehr Miteinander in Marburg angelegt.

Entwickelt wurde die Kampagne vom Fachdienst Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in enger Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde sowie weiterer fachdienstübergreifender Mitarbeit aus der Verwaltung. Beteiligt sind unter anderem die Fachbereiche Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz sowie Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur, der Fachdienst Schule sowie auch die Stadtwerke Marburg. Ebenso sind Ideen eingeflossen, die Bürgerinnen und Bürger über Facebook oder die eigens eingerichtete Kontaktadresse miteinander@marburg-stadt.de eingebracht haben, die von der städtischen Pressestelle betreut wird. Den Auftrag für die Umsetzung eines ersten Teils der Kampagne erhielt die Agentur Satzzen-trale, einen weiteren Teil setzte die Agentur GoldfischArt um, einige Bausteine des Kampagnen-Konzepts setzt die Pressestelle selbst um. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen werden noch entwickelt und ihre Umsetzung – wo notwendig – nach Einholung von Angeboten an externe Dienstleister vergeben.

Insgesamt hat der Fachdienst Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 9290,73 Euro für die Kampagne „Marburg miteinander“ ausgegeben – darin enthalten sind unter anderem 3.156,23 Euro Druckkosten für Plakate und Aufkleber, 2.082,50 Euro Kosten für die Plakatierung sowie 95 Euro Werbekosten für Facebook-Anzeigen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie bewertet der Magistrat die verfassungsrechtliche Stellung von Wahlwerbung mit Wahlplakaten im öffentlichen Verkehrsraum im Zusammenhang mit der Kampagne „Marburg Miteinander“?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 13 - Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Städte und Gemeinden sind verpflichtet, Möglichkeiten für Wahlwerbung zur Verfügung zu stellen. In Marburg hat sich dabei seit vielen Jahren die städtisch organisierte Werbung auf Wahlplakatafeln im öffentlichen Raum bewährt – an zentralen Straßen in der Innenstadt und in den Marburger Stadtteilen.

Die aktuelle Kampagne „Marburg Miteinander – fair im Verkehr“ zielt auf das Verhalten von allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern im Stadtgebiet ab. Analog zu beispielsweise der bundesweiten Kampagne zur Rettungsgasse ist es dabei wichtig, unmittelbar am Ort des Geschehens auf die Problematik aufmerksam zu machen und die Menschen so für verschiedene alltägliche Situationen im Straßenverkehr zu sensibilisieren.

Sowohl der Wahlwerbung als auch der Kampagne „Marburg Miteinander – fair im Verkehr“ räumt die Stadt Marburg daher eine große und im Verkehrsraum sichtbare Stellung ein, die für den jeweiligen Zweck passend positioniert wird.

Dr. Thomas Spies

**Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Die Stadt Marburg bemüht sich um ein gepflegtes Erscheinungsbild. Wann wird dieses nicht weihnachtliche Schmuckstück beseitigt sein?



Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Bereits im Juni 2018 wurde seitens der Stadt Marburg dem Abbau der betreffenden Telefonzelle zugestimmt. Auf Nachfrage gab die Telekom an, dass sich der Rückbau des dazugehörigen Stromanschlusses schwieriger als erwartet gestaltet. Lt. Auskunft der Stadtwerke Marburg wird dies aber im ersten Quartal 2019 erfolgen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Gerade im Herbst durch die Blätter, aber auch im Winter durch Schneefall ist die Räumung der Radwege wichtig. Die Radwege werden durch den DBM gereinigt. Wie regelmäßig geschieht dies und wird dies auch von anderer Stelle kontrolliert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Reinigung und Winterdienst auf Radwegen in Marburg sind vom Fachdienst 32 an den DBM beauftragt.

Alle Radwege werden wöchentlich gereinigt. Auch im Winter, wenn Schneefall und Glätte noch nicht eingesetzt haben und kein Winterdienst durchgeführt wird, werden die Radwege gereinigt, solange die Temperatur dies zulässt. Die Kehrmaschinen können nur an frostfreien Tagen eingesetzt werden, weil zur Vermeidung von Staubentwicklung Wasser gesprüht werden muss.

Winterdienst wird grundsätzlich nach einer Prioritätenliste durchgeführt. Radwege werden mit den kleinen Schleppern geräumt. Bisher wurde lediglich ein Streifen von 1,5 m Breite in eine Richtung geräumt. Die Hauptradwege werden ab diesem Winter in beiden Richtungen geräumt, d. h. auf ca. 3 m Breite.

Eine grundsätzliche Nachkontrolle der Maßnahmen von DBM bei der Straßenreinigung und des Winterdienstes kann bei einem Wegenetz der Stadt Marburg von 324,46 km Straßen und 44,88 km Radwege nicht erfolgen.

Auf Hinweise und Beschwerden wird umgehend reagiert und entsprechend an die zuständigen Abteilungsleiter/ Einsatzleiter weitergeleitet, damit von dort geprüft und gehandelt werden kann.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018**

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Geschäftsbericht der Stadtwerke zur Kenntnis genommen. Im Geschäftsbericht ist auch eine Aufschlüsselung wieviele Personen in welcher Entgeltgruppe beschäftigt sind. Es findet sich aber keine Aufstellung wie viele Frauen bei den Stadtwerken und in welchen Positionen mit welcher Vergütung sie beschäftigt sind. Könnte dies bitte einmal aufgeschlüsselt werden? Wie viele weibliche Führungskräfte gibt es im Verhältnis zu männlichen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Bei den Stadtwerken liegt die Geschlechterquote bei 70% männlich zu 30% weiblich. In der Unternehmensgruppe insgesamt sinkt der weibliche Anteil auf 21%. Das Schlusslicht stellt dabei die Städtische Müllabfuhr dar mit 0%.

Bei den Führungskräften sieht es naturgemäß besser aus.

Die bis zum 30.06.2018 fortgeschriebenen Zielgrößen waren in der Unternehmensgruppe

	Ge- samt	davon Frauen	Frauen- quote
Aufsichtsrat	15	5	33%
Geschäftsführung	8	2	25%
Prokura	4	2	50%
Fachliche Führungskräfte	30	9	30%

Erreicht wurden:

	Ge- samt	davon Frauen	Frauen- quote
Aufsichtsrat	15	5	33%
Geschäftsführung	9	2	22%
Prokura	4	2	50%
Fachliche Führungskräfte	30	8	27%

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erklärt die die Fragestunde damit für beendet. Die Fragen Nr. 6 und 17 werden schriftlich beantwortet, die Antworten auf die Fragen Nr. 7, 8 und 12 bis 16 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 4 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahr 2018 bis 2022
der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
mit ihren Anlagen und Stellenplan 2019
Vorlage: VO/6550/2018**

Oberbürgermeister Dr. Spies bringt in seiner Eigenschaft als Kämmerer

1. das Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Planungsjahre 2018 bis 2022,
2. die Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahre 2019 mit ihren Anlagen,
3. den Stellenplan 2019 der Universitätsstadt Marburg

sowie den Entwurf des Finanzplanes 2018 bis 2022 gemäß § 101 Abs. 4 HGO

in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Der Stadtverordnete Pfalz beantragt anschließend den Haushalt an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Der Haushaltsplanentwurf 2019 wird somit durch einstimmigen Beschluss an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Im Anschluss unterbricht die Stadtverordnetenvorsteherin die Sitzung von 19:22 Uhr bis 19:30 Uhr um die gedruckten Exemplare der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters verteilen zu lassen. Der Haushaltsplanentwurf 2019 wird aufgrund seines Umfangs nicht verteilt, sondern durch Boten zugestellt.

**zu 5 Besetzung des Schiedsamtes Marburg III
- Neuwahl einer Schiedsperson
- Neuwahl einer stellv. Schiedsperson
Vorlage: VO/6509/2018**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen die in der Vorlage aufgeführten 3 Wahlvorschläge vor. Weitere Wahlvorschläge wurde nicht unterbreitet. SPD und CDU übernehmen für die Wahl einer Schiedsperson den Wahlvorschlag Walter Kreuer, der Wahlvorschlag Kirsten Fleing wird mit Blick auf die Quotierung durch B90/Die Grünen übernommen. Für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson übernehmen SPD und CDU den Wahlvorschlag Theodor Gölzhäuser. Der Ausschuss empfiehlt die Wahlen in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft zu den Wahlen auf.

Abstimmungsergebnis Schiedsperson:

Walter Kreuer: 39 Stimmen (SPD, CDU, BfM, FDP/MBL)
Kirsten Fleing: 14 Stimmen (B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei)
Enthaltung: keine

Damit ist Herr Walter Kreuer als Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg III gewählt.

Abstimmungsergebnis stellvertretende Schiedsperson:

Theodor Gölzhäuser: 45 Stimmen (SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM)
Nein-Stimmen: keine
Enthaltung: 8 Stimmen (B90/Die Grünen, Piratenpartei)

Damit ist Herr Theodor Gölzhäuser als stellvertretende Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg III gewählt.

zu 7 Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) 2019–2028 Vorlage: VO/6506/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Aussprache (Setzpunkt) wurde angemeldet.

Es sprechen die Stadtverordneten Seipp, Köster-Sollwedel, Dehmel, Göttling, Ditschler und Frese sowie Bürgermeister und Brandschutzdezernent Stötzel.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan für die Jahre 2019-2028 (BEP 2019-2028) in der vorliegenden Form zu.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 9 Umsetzung einer Teilelektrifizierung des ÖPNV in Marburg Kenntnisnahme der Machbarkeitsstudie von Hybrid-Oberleitungs-Busverkehr und Beauftragung eines Planfeststellungsverfahrens Vorlage: VO/6558/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Die gilt auch

für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr berichtet. Die Vorlage ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet. Auch dieser empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage, zu der Aussprache (Setzpunkt) angemeldet wurde.

Es sprechend die Stadtverordneten Dr. Longo, Bastian, Ditschler, Seipp und Dr. McGovern. Abschließend ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Die vom Bundesverkehrsministerium (BMVI) beauftragte „Machbarkeitsstudie von Hybrid-Oberleitungs-Busverkehr in Deutschland - am Beispiel Marburg und Trier, Berichtsteil Marburg“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Stadtwerke Marburg werden beauftragt, auf der Basis der vorgelegten Machbarkeitsstudie, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdiensten der Stadtverwaltung und dem BMVI ein Planfeststellungsverfahren für den Aufbau eines Hybrid-Oberleitungsbus-Systems (HO-Bus) als Teilstrategie zur Bereitstellung eines emissionsfreien ÖPNV in Marburg einzuleiten.**

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 11.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Stopp der Ausbauplanungen des Parkhauses am Pilgrimstein Vorlage: VO/6480/2018

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 11.4 aufgerufen.

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Dort wurden die Sätze 1 und 2 des Beschlusstextes getrennt abgestimmt. Beiden Sätzen des Antrages empfiehlt der Ausschuss mit unterschiedlichem Abstimmungsverhalten die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Köster-Sollwedel, Dr. McGovern, Suntheim-Pichler, Pfalz, Dr. Longo und Bokelmann sowie Bürgermeister Stötzel und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt im Anschluss die Sätze 1 und 2 des Antrages analog dem Vorgehen im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften getrennt zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Satz 1 des Beschlusstextes wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei

Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM

Enthaltung: keine

Satz 2 des Beschlusstextes wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja: B90/Die Grünen, 1 Stimme der BfM, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltung: keine

**zu 11.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Parkdeck und Mobilitätsknoten in der Wilhelm-Röpke-Straße realisieren – Innenstadt vom Verkehr entlasten
Vorlage: VO/6513/2018**

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 11.3 aufgerufen. Zur Protokollierung der Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 11.3.

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Der Antrag wurde in der geänderten Fassung auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten. Es berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt mehrheitlich dem geänderten Antrag zuzustimmen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag in der geänderte Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin Verhandlungen mit der Philipps-Universität, den Stadtwerken und Hessen Mobil zu führen, um die Realisierung eines bereits seit längerem diskutierten Parkdecks auf dem Gelände des Parkplatzes der Alten Universitätsbibliothek in der Wilhelm-Röpke-Straße voranzutreiben und zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung der Innenstadt Planungen zu einem Mobilitätsknoten für Bus, Bahn, Rad und motorisierten Individualverkehr auf diesem Areal aufzunehmen. Dazu soll der Magistrat die Landesregierung ersuchen, dass diese auf die Universität einwirkt, dieses Grundstück für den oben genannten Zweck zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein: Marburger Linke
Enthaltung: keine

**zu 6 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 18/17, 1. Änderung Feuerwehrstützpunkt und Jugendfeuerwehrausbildungszentrum
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VO/6529/2018**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Dies gilt auch für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Für das Gebiet „Feuerwehrstützpunkt und Jugendfeuerwehrausbildungszentrum“ in Marburg wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 18/17, 1. Änderung der Universitätsstadt Marburg gefasst. Der Geltungsbereich umfasst das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet.**

2. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 8 Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg - DBM: Jahresabschluss 2017
Vorlage: VO/6516/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgende Beschlüsse:

1. **Der Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2017 wird auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung der Theobald Jung Scherer AG beschlossen.**
2. **Den aus den Bereichen Entsorgung (€ 450.823,79), Straßenreinigung/Winterdienst (€ 76.054,68), Straßenunterhaltung (€ 74.195,36), Kanal- und Gewässerunterhaltung (€ 39.712,71), Friedhofunterhaltung (€ 51.583,77) und Grünflächenunterhaltung (€ 44.964,98) resultierenden Überschuss in Höhe von insgesamt € 737.335,29 in die Ergebnismrücklage des DBM einzustellen.**
3. **Den ermittelten Verlust i.H.v. € - 25,00 aus dem Abgang von Anlagevermögen aus dem im DBM aktivierten Alt-Kanalnetz aus der Rücklage der Kanalvermögensbewertung auszugleichen und den verbleibenden Überschuss i.H.v. € 918.680,90 der Kanalgebührenausgleichsrücklage (€ 1.335.395,03) zuzuführen. Der unter Berücksichtigung kommunalabgabenrechtlicher Verpflichtungen gegenüber den Kanalgebührenpflichtigen nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Überschuss des Kanalgebührenhaushaltes beträgt insgesamt € 918.655,90.**
4. **Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 9.1 Begründung eines Erbbaurechtes in Marburg-Richtsberg
Vorlage: VO/6530/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Im Ausschuss wurde die Vorlage zwar mehrheitlich beschlossen, erhielt aber nicht die nach der Geschäftsordnung erforderliche $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Gesamtzahl der Mitglieder, da zum Zeitpunkt der Abstimmung einige Ausschussmitglieder aufgrund einer Terminüberschneidung noch nicht anwesend waren. Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft deshalb die Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung zu Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg übergibt die Liegenschaft Sudetenstraße 26b und die das Haus umgebenden Freiflächen im Zuge des Erbbaurechts

- **Gemarkung Marburg, Flur 56, Flurstück 95/67**
- **eingetragen im Grundbuch von Marburg, Blatt 12056,**
- **lfd. Nr. 189 des Bestandsverzeichnisses -**

im Rahmen eines Erbbaurechtes an den gemeinnützigen Verein CenTral e.V..

Insgesamt handelt es sich um eine Gesamtfläche von 984 m² mit aufstehendem Gebäude.

Das Erbbaurecht hat eine Laufzeit von 66 Jahren, ausgehend von der Eintragung im Grundbuch.

Die Übernahme dient der Erhaltung und Sanierung der baufälligen Liegenschaft und dem Erhalt der Gemeinwesen- und Jugendarbeit am Richtsberg. Deswegen wird auf die Erhebung eines Erbbauzinses verzichtet.

CenTral e.V. verpflichtet sich, die Liegenschaft zu sanieren und zu unterhalten. Die Jugendarbeit am Richtsberg ist als gemeinnütziger Nutzungszweck zu gewährleisten.

Die Kosten des Erbbaurechtsvertrages und seiner Durchführung trägt CenTral e.V..

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, 5 Stimmen B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: Marburger Linke

Enthaltung: 2 Stimmen B90/Die Grünen

zu 10 Dringlichkeitsanträge

zu 10.1 Dringlichkeitsantrag der BfM-Fraktion betr. Verkehrsführung im Marburger Westen Vorlage: VO/6588/2018

Die Stadtverordnete Suntheim-Pichler begründet unter TOP 1 im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrage, der Stadtverordnete Köster-Sollwedel spricht gegen die Dringlichkeit.

Nach Erläuterungen des Oberbürgermeisters zieht die Stadtverordnete Suntheim-Pichler den Antrag zurück.

zu 11 Anträge der Fraktionen

zu 11.1 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Milieus erhalten und stärken – Gen- trifizierung entgegenwirken Vorlage: VO/6267/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion bis zur Januarsitzung zurückgestellt.

zu 11.2 Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhaltigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer und Böden
Vorlage: VO/6382/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr bis zum Vorliegen weiterer notwendiger Kenntnisse zurückgestellt.

zu 11.5 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Micro-Apartments
Vorlage: VO/6527/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt, der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Antrag in der geänderten Fassung wie folgt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen ob und in welcher Form Micro-Apartments/Tiny-Houses als neue und innovative Wohnform den Wohnungsmarkt in Marburg nachfragegerecht ergänzen und entlasten könnten. Da das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt vom November 2015 in dieser Tiefenschärfe keine Aussagen trifft, ist mit dem Studentenwerk und den Wohnungsbaugesellschaften - insbesondere der GeWoBau- die konkrete Nachfrage nach solchen Angeboten zu klären.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: Marburger Linke

Enthaltung: keine

zu 11.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Ausweitung der Mitnahmeregelung der ÖPNV-Jahreskarte
Vorlage: VO/6532/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zunächst zur Beratung und Stellungnahme an den Fahrgastbeirat verwiesen.

zu 11.7 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr.: "Nette Toilette"
Vorlage: VO/6543/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, sich dem System „nette Toilette“ anzuschließen, um auch in Marburg mit der Unterstützung des Handels, der Gastronomen und sonstigen Dienstleistern ein flächendeckendes System öffentlicher Toiletten zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wo bereits barrierefreie Toiletten vorhanden sind, um diese dann mit in das System einzubinden.

Des Weiteren ist zu überlegen, gemeinsam mit der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH einen Atlas für Menschen mit Behinderung zu erstellen, in dem diese Standorte

aufgeführt sind.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

**zu 11.8 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr. Überprüfung des Verkehrsbereichs B3 Abfahrt Mitte/Wilhelm-Röpke-Straße
Vorlage: VO/6544/2018**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob für den Verkehrsbereich Abfahrt Stadtautobahn Mitte-Einmündung Wilhelm-Röpke-Straße ein Kreisverkehr eingerichtet werden kann, um das Verkehrsaufkommen in diesen Bereichen zu entspannen. Dabei sind die Verkehrswege von Fußgänger/innen und Radfahrer/innen ebenfalls mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: Marburger Linke

Enthaltung: keine

**zu 11.9 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Konzept Verkehrsanbindung Pharmastandort Marbach und Görzhäuser Hof
Vorlage: VO/6546/2018**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt, außerdem wurden Punkt 1 und die Punkte 2 bis 4 getrennt abgestimmt. Punkt 1 empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung, den Punkten 2 bis 4 einstimmig die Zustimmung. Aussprache war angemeldet, die jedoch aus zeitlichen Gründen nicht mehr durchgeführt wird.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen zur Abstimmung und ruft Punkt 1 und die Punkte 2 bis 4 ebenfalls getrennt zur Abstimmung auf. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, ein Verkehrskonzept für die Anbindung des Pharmastandorts in Marbach und am Görzhäuser Hof in Zusammenarbeit mit den dortigen Firmen und deren Mitarbeitern zu erstellen, um die Erreichbarkeit durch Nutzer*innen des motorisierten Individualverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs und durch Radverkehr zu verbessern und Verkehrsbelastungen zu vermindern.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte mit zu untersuchen und zu berücksichtigen:

1. Motorisierter Individualverkehr

- **Prüfung einer westlichen Umfahrung**
- **Einrichtung eines Park und Ride Services und Shuttle-Bus-Verbindungen**
- **Vermeidung von LKW-Zulieferung durch die Ketzerbach**

2. Öffentlicher Personennahverkehr

- Verdichtung der Bus-Taktung
- Shuttle-Busse und Schnellbusse
- Einsatz von O-Bussen
- die Möglichkeit der Fahrradmitnahme in den Bussen
- die Anbindung aus dem Ostkreis mit Pkw, Bahn und Bus

3. Radverkehr

- die Anbindung durch den weiteren Ausbau von Radwegen, auch für die äußeren Stadtteile und Pendler*innen aus dem Landkreis
- Trassenführung zum Lückenschluss in Richtung Wehrda
- Verbindung zwischen den Behring-Standorten Marbach und Görzhäuser Hof
- Prüfung Wegertüchtigung mit wassergebundenen feingesplitterten Decken als Alternative
- Förderung von E-Bikes

4. Weitere Maßnahmen

Anreize durch die Arbeitgeber zum Verzicht auf die Nutzung des eigenen PKW (Mobilitätskarte/Jobticket)

Abstimmungsergebnisse:

Punkt 1

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Enthaltung: Piratenpartei

Punkt 2 bis 4

einstimmig

zu 11.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gemeinwohl-Bilanz Vorlage: VO/6547/2018

Zu dem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion Marburger Linke Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb durch die antragstellende Fraktion vertagt.

zu 11.11 Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Verbesserung der Fußwegebeziehungen zum Vitos-Gelände Vorlage: VO/6555/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt dem Ausschussvotum und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Fußwegebeziehungen zum Vitos-Gelände in Richtung Südbahnhof verbessert werden können. Insbesondere Querungshilfen in der Cappeler Straße, aber auch die Fortführung eines sicheren, barrierefreien Fußwegenetzes zwischen dem Parkareal und dem Quartier am Südbahnhof sind dabei in verschiedenen Alternativen zu prüfen.

Der Magistrat wird gebeten, die möglichen Kosten für unterschiedliche Szenarien zu berechnen und diese der Öffentlichkeit vorzustellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 11.12 Antrag Fraktionen von SPD und BfM betr.: "Gärten und Balkone der biologischen Vielfalt" Vorlage: VO/6556/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Wettbewerb zu konzipieren, in dem Gärten, Vorgärten sowie Balkone, die über eine hohe biologische Vielfalt verfügen, auszuzeichnen und vor der Umsetzung der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: CDU

Enthaltung: FDP/MBL

zu 11.13 Antrag der Fraktionen SPD, Linke, BfM, CDU, betr.: Verwendung von Polystyrol bei Sanierungen und Neubauten Vorlage: VO/6557/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit bei Sanierungen und Neubauten von Gebäuden durch die Stadt und seine Gesellschaften auf Polystyrol als Dämmstoff verzichtet werden und stattdessen ökologisch unbedenklichere Materialien eingesetzt werden können. Die Stadtverordnetenversammlung möchte auf Polystyrol möglichst verzichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 11.14 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke betr.: Planungsstopp für Umgehungsstraßen in den westlichen Außenstadtteilen Vorlage: VO/6553/2018

Der Antrag wurde im Ältestenrat zur Vorberatung an die Ausschüsse verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden und wünscht frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Sie schließt die Sitzung um 21:25 Uhr und lädt alle Stadtverordneten zum Jahresausklang auf der Galerie ein.

Marburg, 17.12.2018

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen 6 bis 8 und 12 bis 17

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Im Jahr 2015 hat die Stadtverordnetenversammlung von einem Beschluss des Magistrats Kenntnis genommen, nachdem die Stadt Marburg mit der DB Station&Service AG und der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH einen Kooperationsvertrag zur Modernisierung und zum barrierefreien Ausbau der Verkehrsstation Marburg-Süd abgeschlossen hat (VO/3696/2014). Wie ist der Umsetzungsstand des Vorhabens?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Durch die DB wurde eine Entwurfsplanung vorgelegt, die mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden ist. Durch die Fachdienste 65 und 66 sollen Alternativen insbesondere für den Umgang mit dem dritten Aufzug auf der Seite Am Krekel erarbeitet werden. Wegen mangelnder Kapazitäten ist dies jedoch noch nicht erfolgt.

Weiterhin wird die geplante Bahnsteighöhe von 76 cm über Schienenoberkante (SOK) in Frage gestellt. (Der Bahnhof Marburg wurde mit einer Bahnsteighöhe von 55 cm über SOK erneuert). Wegen dieser grundsätzlichen Differenzen kann die Planung gegenwärtig nicht fortgesetzt werden. Die offenen Fragestellungen müssen im nächsten Jahr wieder aufgegriffen werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Wird in den Marburger Kita's die Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du. Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ der Amadeu-Antonio-Stiftung eingesetzt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Bislang ist noch keine Information oder Anweisung durch den FD an die städt. Kindertageseinrichtungen erfolgt, in den städt. Einrichtungen mit der Broschüre zu arbeiten.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Sind dem Magistrat in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit beschäftigte Personen bekannt, die religiös-fundamentalistischen Strömungen nahestehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 52 - Migration und Flüchtlingshilfe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den Magistrat ist es selbstverständlich, dass alle von der Stadt Marburg beauftragten Träger, die in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit tätig sind, nach den Grundprinzipien unseres Rechtsstaates handeln. Insofern gehen wir davon aus, dass die angebotenen und erbrachten Leistungen der Träger frei von religiöser, politischer oder sonstiger extremistischer Beeinflussung erfolgen. Es liegen dem Fachdienst 52 insofern keine anderslautenden Informationen vor. Wir werden die Kleine Anfrage aber zum Anlass nehmen, die Träger hierzu noch einmal explizit zu befragen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Am 05.12.2018 gegen 17:30 Uhr fiel nach Angaben einer dadurch am Besuch einer innerstädtischen Veranstaltung gehinderten Kundin eine Busverbindung aus Wehrda wegen der innerstädtischen Verstopfung des Straßennetzes durch den MIV aus. Wie oft ist dies seit Anfang November geschehen und auf welchen Verbindungen und zu welchen Uhrzeiten lagen gegebenenfalls die Schwerpunkte?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund von hohem Verkehrsaufkommen im Innenstadtbereich und den damit verbundenen Verspätungen waren seit Anfang November insgesamt ca. 170 Teilfahrten so stark verspätet, dass die verbleibende Wendezeit am Endpunkt nicht ausreichte, um wieder pünktlich abzufahren. Die Fahrzeuge wurden von den Disponenten dann auf kürzestem Weg zur nächsten Endhaltestelle der Linie geleitet, um von dort wieder pünktlich weiter zu fahren. Diese hohen Verspätungen treten meist in der Hauptverkehrszeit am Nachmittag zwischen ca. 16:00 Uhr und 18:00 Uhr auf.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie viele gastronomische Betriebe waren Stand 1. Dezember 2018 in der Oberstadt incl. Pilgrimstein sowie der Ketzerbach angemeldet? Wie ist die Entwicklung im Vergleich zu vor 5 Jahren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Bereich der Oberstadt (Barfüßertor, Barfüßerstraße, Markt/Marktgasse, Schloßsteig, Reitgasse, Untergasse, Lahntor, Wettergasse, Renthof, Neustadt, Steinweg) sowie in der Ketzerbach und am Pilgrimstein sind zum Stichtag 01.12.2018 insgesamt 52 gastronomische Betriebe angemeldet. Im Vergleich zum Stichtag 01.12.2013 sind dies aktuell 2 Betriebe mehr. In den 5 Jahren haben zwar zahlreiche Inhaberwechsel stattgefunden. Da der überwiegende Teil dieser Straßen aber unter den Bebauungsplan „Gastronomische Betriebe“ fällt, gibt es an der Anzahl der Betriebe nur eine geringe Veränderung.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Sind dem Magistrat Beschwerden bzw. Probleme bzgl. der regelmäßigen Reinigung und/oder der Hygiene in städtischen Kindertagesstätten in Michelbach bekannt? Falls ja, was wurde oder wird unternommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Dem FD 58 Kinderbetreuung sind bislang keine Beschwerden über Probleme oder Hygiene in den städt. Kindertagesstätten in Michelbach zugetragen worden und keine bekannt. Auch in den Einrichtungen selbst und im FD Gebäudewirtschaft sind keine Probleme bekannt oder benannt worden.

FD 62 sind auch keine Beschwerden bzw. Probleme der regelmäßigen Reinigung oder Hygiene in den städtischen Einrichtungen in Michelbach bekannt.

Da regelmäßige Kontrollen durch die Objektbetreuung in den Einrichtungen erfolgen, wären seitens der Leitung der Einrichtungen solche Mängel kommuniziert worden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie gedenken die Stadtwerke Marburg GmbH und der Magistrat mit den kürzlich in der Lokalpresse geschilderten Problemen bzgl. der anstehenden Gasumstellung umzugehen? In wieviele Fällen gibt es bis dato Beschwerden von Kunden?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Netzgebiet der Stadtwerke Marburg sind rd. 20.000 Gasgeräte umzustellen. Davon sind nach derzeitigem Stand etwa 7-8% nicht anpassbar. Von den betroffenen Kundinnen und Kunden gibt es zurzeit rd. 100 Anfragen, die bei unserem Erdgasbüro eingegangen sind. Diese beziehen sich in der Regel auf Möglichkeiten zur Förderung. Hier gibt es Förderungen sowohl per Gesetz als auch durch verschiedene Hersteller, dazu informieren die SWMR. Die Zahl der problematischen Kundenverhältnisse ist bislang erstaunlich gering und liegt bei unter einem Dutzend. Die Kundenbetreuung bemüht sich um Klärungen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie viele alleinerziehende Mütter / Väter erhalten für wie viele Kinder in welcher Höhe Unterhaltsvorschuss und wie viele Unterhaltspflichtige zahlen den geleisteten Vorschuss zurück?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 51 - Zentrale Jugendhilfedienste
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Aktuell erhalten alleinerziehende Elternteile für 607 Kinder in der Stadt Marburg Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in der Gesamthöhe von rund 140.000 €. In den Einzelfällen werden entsprechend der jeweiligen Altersstufe 154,00 Euro; 205,00 Euro oder 273,00 Euro gezahlt. Rückzahlungen konnten bspw. für den Monat November 2018 nur in Höhe von rund 12.700 € vereinnahmt werden.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Das Marburger Standesamt ist eine wichtige Anlaufstelle für Marburger/innen, z.B. um Heirats- oder Geburtsurkunden ausstellen zu lassen. Aktuell scheint es aufgrund von erheblichem Personalmangel zu spürbar eingeschränkten Nutzungszeiten für die Bürger/innen zu kommen. Von zehn Kolleg/innen waren Ende November lediglich vier im Einsatz. Das bedeutet auch eine erhebliche Arbeitsbelastung für die dortigen Mitarbeiter/innen. Was tut der Magistrat, um die Situation kurzfristig aber auch langfristig und strukturell zu verbessern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 34/36 Stadtbüro und Standesamt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die personelle Situation ist durch Vakanzen aus den unterschiedlichsten Gründen gerade in den letzten Wochen sehr angespannt. Es gibt jedoch bereits Lösungen:

- Kurzfristig wurde bereits im Oktober eine Mitarbeiterin mit 22 h/W sowie eine Jahrespraktikantin aus dem Stadtbüro zur Aushilfe in das Standesamt versetzt.
- Eine Elternzeitvertretung wurde inzwischen intern besetzt; die neue Kollegin wird nach erfolgreicher Prüfung noch in diesem Jahr zur Standesbeamtin ernannt.
- Die zweite Elternzeitvertretung konnte nur durch externe Ausschreibung besetzt werden. Die neue Kollegin wird allerdings erst zum 1.4.2019 zur Stadt Marburg wechseln können.
- Ab dem Jahr 2019 ist geplant, das Standesamt als Ausbildungsabschnitt für VFA anzubieten, um dadurch den FD für junge Nachwuchskräfte frühzeitig interessant zu machen.
- Für den Stellenplan 2019 wurde eine neue Planstelle für die Sachbearbeitung beantragt.
- In der Organisation werden nach baulichen Veränderungen ab dem neuen Jahr Arbeitsabläufe optimiert. Die Urkundenstelle wird erweiterte Öffnungszeiten haben.
- Im Bereich Einbürgerungen wird mit Terminsprechstunden außerhalb der allgemeinen Öffnungszeiten gearbeitet.
- Die Vorbereitungen für die online-Beantragung mit integriertem e-payment für Urkunden sind angelaufen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister